

hoffnung, militanz & perspektive

43

Ein Diskussionsvorschlag

von Freie Radikale /
Freunde Dora Kaplans

- Anknüpfungen
- Zu unserer Verortung militanter Praxis
- Militanz, Soziales & widerständischer Zusammenhang
- Militanz im Wohnzimmer
- Sabotage, zivilen Ungehorsam & Protest zu einer militanten Strategie verknüpfen
- Partei ergreifen gegen Parteien
- Sichtbarkeit organisieren: für Militanz - und für das Soziale des Zusammenhanges
- Warum gibt es keine militante Debatte?
- Mit wem diskutieren?
- Der Vorschlag konkret
- Die Hunde bellen...
- ... die Karawane zieht weiter: einige weitere Vorschläge
- INTERIM als militanten Medium

Die Mühlen mahlen langsam. Doch sie mahlen.
Wir haben zwei Vorschläge mitgebracht.

Dieser Text befürwortet ein kontinuierliches, sich auf einander beziehendes militantes Diskussionsforum. Konkreter Vorschlag ist eine militante Diskussionsstruktur, offen und doch klandestin. Wir schlagen eine inhaltliche Diskussion vor, die auf gesellschaftliche Breite und Radikalität setzt und sich in der Praxis nicht mit z.B. anderen sozialrevolutionären und libertären Herangehensweisen ausschließt! Militante Perspektiven im gesamtgesellschaftlichen Rahmen und im Konkreten und die damit verbundene Hoffnung auf eine befreite Gesellschaft sind Kerne unseres Interesses an einer breiteren Debatte.

Es gibt für uns keine Zugangsvoraussetzung zur Diskussion in dem Sinne, dass man „militant sein muss“. Wir haben ein Interesse an einer radikalen, militanten Diskussion - unabhängig von der Praxis der Beteiligten, deren politischer Arbeit und Lebenswelten. Wer sich, auch in Teilen, für unseren Vorschlag erwärmen kann, sei ermuntert in die Diskussion einzusteigen. Von dort, wo er/sie steht. Eine breite Streuung dieses Papiers kann einer vielschichtigen Diskussion förderlich sein. Die „INTERIM“ ist eine überregional wirksame Zeitung, die von ihrem Potential her als Organ eines ebensolchen Diskussionsforums fungieren könnte. Das setzt ihre Stärkung und die Zurückweisung von Angriffen wie derzeit gegen die Buchläden in Berlin und einigen anderen Städten voraus.

Weiter unten konkretisieren wir diesen Vorschlag und grenzen ihn von zwei anderen politischen Projekten ab. Beiden ist gemein, dass sie - aus einem linken Selbstverständnis heraus - einen hegemonistischen Anspruch gegenüber anderen Linken entwickeln.

Mit letzterem meinen wir einerseits Strömungen innerhalb der „Interventionistischen Linken“ (IL), die unnötigerweise militante Positionen gegen massenkompatible Konzepte auszuspielen versuchen. Und ihre Praxis entsprechend organisieren.

Zweitens meinen wir eine Gruppe, die sich durch die Vereinnahmung der Zeitschrift „Radikal“ hervor-
tut, um Relevanz und Orientierung vorzutäuschen. Diese Randerscheinung - „Revolutionäre Linke“ (RL) - wäre uns kein Wörtchen wert, wenn sie nicht das aufdringliche und zugleich tragisch-komische Projekt verfolgen würde, innerhalb militanter Strukturen die Führung zu übernehmen.

Beide Projekte sind in gewisser Weise hilfreich, lässt sich an ihnen doch aufzeigen, was wir nicht wollen. Hier geht es nicht um ein Bashing, das leicht und mühelos möglich wäre, sondern um eine Schärfung dessen, wofür wir uns und andere stattdessen erwärmen wollen. Auch mag es so erscheinen, als würden wir uns zwischen zwei Polen positionieren - doch beide Projekte eint (auch und gerade wenn sie anderes vorzugeben scheinen) eine gewisse Hilf- und Perspektivlosigkeit hinsichtlich der Idee von einer befreiten Gesellschaft, wenn auch von unterschiedlichen ideologischen Standpunkten aus gesehen. Genau genommen sind sowohl die IL und die wesentlich unbekanntere RL Nebenschauplätze. Uns geht es um eine Bestandsaufnahme und Innensicht hinsichtlich einer militanten Perspektive im Zusammenhang mit einer politischen Utopie der sozialen Befreiung.

Wenn eine militante Perspektive und Utopie, beispielsweise bei autonomen Gruppen, in dieser Frage wirklich sehr viel weiter entwickelt wäre als wir annehmen, würden wir uns sehr freuen. Wir möchten erst einmal Zweifel anmelden, nicht zuletzt weil wir mit Bedauern beobachten, dass immer weniger Kontext vorkommt in den Erklärungen zu ansonsten durchaus gelungenen direkten Aktionen. Vielleicht ist ja allen alles klar. Das glauben wir nicht. Zumindest was die Vermittlung über unsere eigenen Kreise im weitesten Sinne angeht ...

Wir werden durch unsere Positionierungen einige Entgegnungen ermöglichen. Kontroverse Diskussionen sind gewollt. Sie bringen uns weiter.

Anknüpfungen

Wer wir sind und ob es uns überhaupt gibt, werden wir nicht erklären. Auch nicht, wie viele wir sind und wo wir herkommen. Wir sind da. Alles andere ist Spekulation. Punkt. Nach den ersten Veröffentlichungen vor drei Jahren, als sich erstmals „freie radikale“ zu Wort meldeten, kam erst mal nichts. Unschlüssig, an welchem Punkt eine militante Debatte zu entwickeln ist, weil z.B. eine Einschätzung über ihren Stand fehlte, theoretisch wie praktisch, war Schweigen eine angemessene Reaktion. Gute Beiträge, die sich auf die drei Beiträge der „freien radikalen“ vor zwei Jahren direkt oder indirekt bezogen haben, blieben in der Luft hängen.

Gibt es die Kapazitäten oder den Willen, eine militante Debatte ins Leben zu rufen und am Laufen zu halten, so war unsere Frage? Oder: Könnte sich eine militante Debatte selber am Leben erhalten, ohne dass es eine Gruppe oder eine Struktur mit koordinierender und immer wieder antreibender Kontinuität dazu bräuchte? Und vor allem: welche Richtung soll sie haben, wenn sie eben nicht den autoritären Stil der „militanten Gruppe“ und den doktrinären Kommunismus à la „Revolutionäre Linke“ mit der zum Parteiblatt umfunktionierten „radikal“ reproduzieren will? Was soll eine militante Debatte gegenwärtig voran bringen? Und zu welcher gesellschaftlichen Veränderung soll sie führen, wenn unter dem Begriff „Revolution“ so viel Scheiße gelaufen ist und siehe „radikal“ noch läuft?

Neuerdings alternativ dazu: Der kommende Aufstand. Aber weicht dieser Aufruf der Frage nach einer neuen Bestimmung „militanten, auch bewaffneten Widerstandes“ und „revolutionärer Utopie“ nicht vielleicht nur subjektivistisch (nicht: individualistisch, das sind – zugegebenermaßen – zwei verschiedene Dinge) aus? Warum wurde die Idee eines „Aufstandes“ eingebracht und die Diskussion dann dem bürgerlichen Feuilleton von FAZ bis taz überlassen? Worin drückt sich der neue Gehalt des Konzepts „Aufstand“ aus? Und ist der Wunsch nach einem „Aufstand“ nicht doch nur der Wunsch einer urbanen Minderheit, der nicht korrespondiert mit den gesellschaftlichen Realitäten in Kieinkleckersdorf. Gibt es sie überhaupt, die Gemeinsamkeiten zwischen den Peripherien in Ost- und West-Deutschland und in Frankreich? Und wenn ein „Aufstand“ kein subjektivistisches Strohfeuer ist oder sein will. wo befeuert er die gesellschaftlich anzugehenden militanten Aufstände nachhaltig? Ist der „Aufstand“ eine Simulation oder schafft die „Simulation“ den erhofften Aufstand?

Demgegenüber: Wo steht ein Projekt wie die „IL“, in der Gruppen und Einzelpersonen mit Parteien flirten und neue Machtstrukturen stiften? Will die „IL“ ein radikales Projekt der militanten Bewegung im weitesten Sinne werden/sein und ein egalitäres Organisationsmodell vertreten, welches vorwiegend öffentlich, aber auch militant interveniert? Oder will die IL - anstatt Herrschaftsformen zu zersetzen - Herrschaftsstrukturen besetzen? Sprich: Erneut den Weg einschlagen, den zwei Generationen zuvor viele 1968er (und eine Generation zuvor viele aus den sozialen und autonomen Bewegungen der 1980er Jahre beschritten haben), die an die institutionellen Machtstrukturen andockten oder sich analog organisierten, dadurch Teil davon wurden und im Effekt aktiv und wissentlich Herrschaft modernisierten und damit stabilisierten?

Dann ist eine bundesweite Organisation sicherlich ein guter Weg - aus den informellen Hierarchien derer, die sich das Reisen leisten können und die Fähigkeiten zum repräsentativen Sprechen und Agieren in einer solchen Organisation mitbringen, können dann bei Gelegenheit offizielle Hierarchien gemacht werden. Der „Gegensatz“ zwischen Fundis und Realos ist dabei kein Widerspruch, sondern Teil der machtpolitischen Inszenierung, solange das Projekt den Rahmen nicht sprengt, den staatliche Spielregeln und die Grenzen eines von oben organisierten „zivilen Ungehorsams“ vorgeben.

Wie kann eine Reorganisation einer militanten Bewegung und Perspektive mit einer radikalen, libertären Perspektive und Utopie voran gebracht werden? Und: Ist die Stärke bestimmter Strömungen nicht auch nur die Schwäche einer z.B. anarchistischen, autonomen und sozialrevolutionären Bewe-

gung? Es ist zu hoffen, dass die betreffenden Gruppen, die sich vor drei, bzw. zwei Jahren zu Wort gemeldet haben, einen langen Atem haben und anknüpfen können - gegebenenfalls ihre Positionen wiederholen, dort wo sie aktuell geblieben sind oder neu formulieren. Neue Gruppen, die diesem Beitrag etwas abgewinnen können, sind eingeladen, die Neubestimmung eines militanten Diskussionsforums mitzugestalten.

Zu unserer Verortung militanter Praxis

Wir stellen heute fest, dass in den letzten Jahren eine Welle militanter Aktionen viele Militante und militante Kerne überrascht hat. Der Höhepunkt liegt derzeit im Jahr 2009. Über den G8-Gipfel und die militanten Kampagnen dazu, die Kriminalisierungswelle gegen Alt-Autonome, der Zerschlagung der „mg“ und der anschließenden Soliarbeit, den Vorschlag eines „Aufstandes“, den Kampf gegen Gentrifizierung, gegen Gentechnik auf den Feldern, das Entstehen eines militanten Antimilitarismus und den anarchistisch geprägten Revolten in Griechenland und den militanten Begleiterscheinungen der Krisenproteste etwa in Frankreich und in England hat sich eine Dynamik ergeben, die nach langen Jahren der Stagnation im militanten Umfeld Aussicht auf mehr bot und bietet.

In der beachtenswerten Broschüre „Bauwas“ werden vielfältigste Aktionen aufgelistet und viele Themen abgedeckt, ganz so als befänden wir uns in den Hochzeiten einer politisch, breiten, militanten Bewegung, vergleichbar den 1980ern. Eine Schwäche der ChronistInnen dieser Broschüre ist die mangelnde Kommentierung und Bewertung verschiedener Aktionen bzw. Aktionsformen, die zu einer Perspektivdiskussion hätte führen können. Was bewirken militante Aktionen? Was war die Rezeption einzelner Aktionen - in der Szene und in einer öffentlichen Debatte, sofern es diese gab? Und mit welcher Hoffnung wurde im Einzelnen agiert, und hat sich diese erfüllen können? Die Kontextualisierung der Aktionen fehlte uns. Aber vielleicht muss diese Aufgabe zukünftig auch von den militanten Kernen, Zusammenhängen und Gruppen selber mehr erledigt werden. Oder von Gruppen, die sich für zuständig erklären.

Die Anzahl und Qualität militanter Aktionen spiegelt nicht unbedingt oder nur sehr undeutlich die gesellschaftliche Sichtbarkeit wider. Das Feld der Herstellung öffentlicher Sichtbarkeit (wir wollen das nicht auf „Pressearbeit“ reduzieren) wird in der Regel eher dem Spektrum der „LL“ überlassen, die über ihre Beschränkung auf Pressearbeit in Richtung Mainstream eben nicht in der Lage ist, öffentlich-militante Position zu vertreten. Die Öffentlichkeit hat einen riesigen blinden Fleck, dort wo wir diese militante „Bewegung“ sehen. Gerät ihr Militantes in den Blick, dann nur extrem verzerrt. Was diese Tatsache für die gesellschaftliche Bedeutung ausmacht, ist eine interessante Frage. Dies ließe sich trefflich am Beispiel militanter, antimilitaristischer Aktionen diskutieren, die ja auch im Einklang mit einer mehrheitlichen Ablehnung von Kriegseinsätzen durch die Bevölkerung z.B. in Afghanistan stehen. Die augenscheinliche Diskrepanz zwischen militanten Aktionen und nicht oder wenig vorkommender/vorhandener gesellschaftlicher Sichtbarkeit wirft die Frage auf, wie erfolgreich eine Militanz sein kann, wenn sie zwar gesellschaftlich richtig liegt, aber sozial in der Luft hängt, also politisch ohne Anknüpfung agieren muss oder aber die Aktion so sehr im Mittelpunkt steht, dass der Vermittlung kaum noch Priorität im Aktionskonzept zukommt. (Die AKW-Bewegung bildet vielleicht die große Ausnahme, während hier eine militante Bewegung gerade aufpassen muss, politisch nicht unsichtbar gemacht zu werden, obwohl sie sozial breit verankert ist.)

Oft wird - im Zusammenhang mit Aktionen gegen Gentrifizierung in Berlin - argumentiert: Obwohl die Vielzahl nächtlicher Aktionen gerade nicht mit einem hohen Organisationsgrad einer Bewegung einhergeht, die viele Menschen tagsüber einlädt und einschließt, haben die regen nächtlichen Tätigkeiten doch wenigstens Öffentlichkeit hergestellt und eine Debatte im Mainstream erzwungen. Das also ist viel wert. Doch was bringt es und wem nutzt es, wenn die Aktionen einer militanten Szene den Effekt haben, dass es zu reformistisch verkürzten Diskussionen über Missstände im Bestehenden

kommt, wo die Aktionen doch den Weg frei machen (oder halten) sollen für den Aufbau einer ganz anderen, nämlich befreiten Gesellschaft?

Kann also eine militante Praxis ohne offene sozial-revolutionäre Bewegung auskommen? Und was sind heutzutage Bewegungen, wenn Interessen sich netzknotenförmig bündeln und ebenso schnell auflösen? Wie und wo haben militante Kerne darin einen Platz? Muss es nicht zu den militanten, zum Teil anspruchsvollen Aktionen eine Entsprechung im öffentlichen Raum geben? Orte der Diskussionen, an denen Resonanzen entstehen können, die sich im Wechselverhältnis mit militanten Aktionen auch öffentlich ausdrücken? Damit die Aktionen nicht im medialen Blätterrauschen wirkungslos verpuffen. Wer kann solche Räume schaffen und ausfüllen? Militante Öffentlichkeitsarbeit wäre eher sozial-revolutionäre Bewegungsarbeit als kampagnenbezogene Pressearbeit.

Militanz, Soziales & widerständischer Zusammenhang

Wie können militante Kerne sozial Bestand haben. wenn die Entstehung von Bewegung internet-basiert und netzwerkförmig, individualisiert und nur temporär entsteht, um nach Erledigung eines Events, eines Themas wieder zu zerfallen? Wenn die Dynamik neoliberaler gesellschaftlicher Prozesse das Soziale der Zusammenhänge zerreißt, fragmentiert, individualisiert und vereinzelt - die militanten Kerne aber das Soziale des Zusammenhang als Lebenselixier benötigen: Wie können wir das Soziale des politischen Zusammenhangs als militante Perspektive zur Diskussion stellen?

48

Wir sind uns sehr bewusst, dass ein Teil der militanten Szene die Tragweite dieser Aussage eventuell nur schwer erfassen kann - ist doch die Individualisierung in der Szene und in vielen Gruppen sehr weit fortgeschritten und die politische Bedeutung des Sozialen als Perspektive für den Widerstand jenseits des eigenen Wohnzusammenhangs nicht sonderlich attraktiv. Nicht umsonst bringt die neoliberale Kolonialisierung unseres Lebens und unserer Kämpfe Funktionen wie den „Widerstandsmanager“ hervor: IL-Kader, die im Wendland versuchten, die Massen zu dirigieren. Die Bedeutung des Kollektivs, vor dem Hintergrund der Erfahrung vieler Jahre aus berechtigten Gründen immer wieder zu hinterfragen, ist in seiner positiven, sozialen Qualität von neoliberalen Verhältnissen und Bewusstseinszuständen überrollt worden. Die „ICH-AG“, das damalige Unwort des Jahres, eingeführt von der Schröder- Fischer-Regierung, steht für einen neoliberalen Umbau der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes, die das Soziale, das Gemeinsame. Gemeinschaftliche. Kollektive zerstört und zerstören sollte. Der Angriff verringerte nicht nur den gesellschaftlichen Mindestlohn und führte den Zwang zur hypermobilen Arbeit ein für diejenigen, die nicht verhungern wollen, er veränderte damit nicht nur die materiellen Bedingungen und die Arbeitswelt der Menschen, sondern das soziale Leben und Bewusstsein insgesamt.

Viele Linke und auch militante Gruppen haben dazu oft kein politisches Verhältnis. Die soziale Qualität des Widerstandes lässt sich gut in Gorleben erkennen. Ohne das soziale Verhältnis der Menschen zueinander wäre schon alleine die beeindruckende Bereitstellung der Protest- und Widerstandsinfrastruktur vor Ort unmöglich. Und ohne diese gewachsene Infrastruktur, die sich aus den in vielen Jahren des Kampfes gesammelten sozialen Erfahrungen ergeben hat und auf die immer wieder und weiter aufgebaut wird, wäre weder für eine Sitzblockade noch für das Schottern oder andere militante Aktionen die Basis vorhanden gewesen.

Es sind die Menschen, deren Leben sich im Widerstand sozial revolutioniert, die den Widerstand tragen. Das verbinden wir mit sozialer Revolution: Die Entstehung sozialer Gruppen, Strukturen, Zusammenhänge, deren Kämpfe den Alltag berühren, revolutionieren und neue soziale Perspektiven im Hier und jetzt zu leben beginnen und hinsichtlich einer Zukunft aufmachen. Das Soziale und der Widerstand, der den Ausbau sozialer, gerechter Lebensbedingungen ins Auge fasst und täglich praktisch betreibt, sind die Kerne einer sozial-revolutionären Entwicklung, die der weltweiten Herrschaft

der Barbarei - des neoliberalen, kriegerischen „Projekts“ mit seiner gnadenlosen Vernutzung allen Lebens - entgegensteht.

Militanz im Wohnzimmer

Wir wollen mehr Diskussionen, weil uns eine übergreifende Zielbestimmung militanter Praxis oft fehlt. Für sich genommen sind einzelne Aktionen gut, aber welche gesellschaftlichen Perspektiven werden damit verbunden, und wo drückt sich im Alltäglichen eine militante Haltung aus? Ist eine Zusammenführung einzelner Themenbereiche auf eine aktualisierte, libertäre Gesamtvision ein Ausweg aus der Verstrickung in Teilbereichskämpfe und dem Problem stagnierender kleiner, isolierter Strohfeder, deren Wärme nicht für die Entzündung eines Flächenbrandes ausreicht?

Wenn Widerstand nicht als Hobby und Laune, als Chic oder Thrill für einen gewissen Lebensabschnitt oder eine Bewegungsbiographie nicht als Karrieresprungbrett in die Politik dienen soll, dann müssen wir wissen, wofür wir etwas riskieren wollen. Wollen (und können) Militante mehr als nur Feierabendpolitik und die dem entsprechende Feierabendmilitanz? Uns beschleicht der Verdacht, dass sich einige Militante eingerichtet haben und an fundamentale Utopie-Entwürfe und entsprechende Weichenstellungen nicht heran wagen - oder aber eine politische Analyse der gesellschaftlichen Situation haben, die zur Schlussfolgerung eine Art reformistische Militanz hat. Letztere wäre uns den Stress nicht wert. Und eine sich militant einrichtende Linke ist ohne Sinn und wenig akzeptabel, wenn wir uns in ein Verhältnis zu den laufenden und zukünftigen lokalen und globalen Umbrüchen und Krisenszenarien durch Kriege, Hunger, Klimazerstörung und dergleichen mehr setzen wollen.

Wir kritisieren an einer reformistischen bzw. im linken Establishment angekommenen Militanz deren Selbstbezogenheit, Selbstgefälligkeit, deren Lässigkeit - die trotz eines gewissen, kalkulierten Risikos und einiger Entbehungen - eine luxuriöse Metropolenposition bleibt. Vielleicht ist dies aber auch dem insgesamt fehlenden Kompass bzw. der nicht zu Stande kommenden Verständigung hinsichtlich einer Utopie geschuldet. Militante Aktionen alleine reichen nicht um herauszufinden, wohin die Reise gehen soll und wie Kämpfe derzeit überhaupt noch beschaffen sein und sich finden können, um die Situation international zugunsten einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaftlichkeit aufzubrechen und die Hinterlassenschaften der zerstörerischen, patriarchal-kapitalistischen Epoche abzuwickeln. Kein Wunder, dass die fundamentale Ablehnung am klarsten bei militanten Aktion gegen das Militär zutage tritt. Hier funktioniert der Kompass weitgehend. Das ist gut. Ist aber auch einfach: Am Militär ist nichts gut.

Wenn wir sagen, die Linke und auch die Militanten scheinen sich eingerichtet zu haben, dann meinen wir: Sie streben nicht wirklich noch echte Veränderung an. Resigniert und desillusioniert darüber was möglich ist, drohen wir immer wieder im Trott zu verharren. Schlimmer noch: Eine Perspektive würde Angst machen - weil sich dann was für die Situation verändert, in der man sich befindet. So weit ist die Resignation fortgeschritten: Militante Aktionen finden statt, ohne dass sie die dahinter stehende Hoffnung vermitteln, dass sich etwas verändert. Die Aktion bringt lediglich nur eins zum Ausdruck - aber das immerhin: Wir sind mit der Gesamtsituation unzufrieden. Krass gesagt: Kein Schwein glaubt mehr an was. Trotz Kapitalismus in der Krise, trotz Zusammenbruch des autoritären Sozialismus scheint die Linke ohne Perspektive.

Seit dem Zusammenbruch der Koordinaten, in denen sich die Linke bis 1989 bewegte, hat sie sich bis heute nicht auf ein neues Koordinatensystem verständigt - nicht einmal reflektiert hat sie, was eigentlich zusammengebrochen ist. Man kann natürlich irgendwo im historischen Verlauf anknüpfen - wie die „mg“ oder „RL“, die die alte Avantgarde-Schleife in neue Schläuche füllt bis sie hoffentlich bald platzen. Doch eine Perspektive ist das nicht. Die russische Revolution konnte die Welt noch inspi-

rieren, um dann - und sei es unter dem Druck der Reaktion und des Faschismus, sei es, weil sie darauf angelegt war neuen Eliten den Weg nach oben zu bahnen - autoritär zu verknöchern. Die Schlüsse daraus haben einige bis heute noch nicht gezogen.

Stattdessen springen wir von Event zu Event, von Großereignis zum Gipfel und zurück. Events und Kampagnen werden mit einem großen logistischen Aufwand inszeniert und laden zum Bewegungskonsum ein. Zurück vor Ort haben die Gruppen, sofern es überhaupt Gruppen sind, bestenfalls ein gutes Gefühl für eine Weile, aber keine gemeinsame Utopie - oder das, was sich wie eine anfühlt, zerbröseln schnell wieder. Die Großereignisse bestechen zwar durch eine Massensichtbarkeit, man spürt sich mächtig, aber überdecken damit, dass insgesamt eine Perspektive fehlt. Selbst Gorleben, gespeist von einer Wut, weil da was nicht stimmt, weil einem die Arroganz der Herrschenden ankotzt, weil Atomkraft eine Schweinerei ist, weil der Polizeistaat und die Wirtschaftslobby Scheiße sind, bietet keine Perspektive über das Ereignis und das Thema hinaus an, das diskutiert wird.

Die Frage nach der Gesellschaft, die wir wollen und wie wir sie erkämpfen wollen, taucht nicht auf in den Skandalgeschichten um die Asse und den Strategiedebatten um den richtigen Umgang mit Gleis und Schotter. Gorleben stellt keine grundsätzliche Machtfrage, höchstens die Frage nach der besseren Regierung. Gorleben ist ein Teilbereichskampf, strategisch richtig gesetzt, um die Atomkraft abzuschalten, aber auch mit Heimatschutztendenzen, weil nicht explizit und praktisch verknüpft mit den Kämpfen gegen die sozialen Verhältnisse in diesem Land und in anderen Ländern, oder auch den migrantischen Kämpfen etc. Da käme der Konsens der in weiten Teilen sehr bürgerlichen Bewegung schnell ins Wanken.

Sträuben wir uns gegen die Idee einer Perspektive oder Utopie, weil wir Angst haben, dass sie das festgeschriebene, das individualisierte Leben zur Diskussion stellt, in dem wir uns eingerichtet haben? Weil wir ahnen, dass wir uns vielleicht entscheiden müssten, aus den zementierten Verhältnissen, die wir ja so hassen, hinaus zu treten? Weil wir Angst haben, dass es plötzlich einen Grund gäbe etwas zu riskieren und Hoffnung die Welt verändern zu können? Eine gemeinsame Utopie entwerfen und erarbeiten: Das muss aber nicht heißen, dass alle dann plötzlich kämpfen MÜSSEN. Aber es gäbe eine Orientierung für die, die gemeinsam losgehen WOLLEN. Mit all den Mitteln und Möglichkeiten, in all unseren Unterschiedlichkeiten, die zur Verfügung stehen. Wo also wollen wir hin, wie und mit wem?

Sabotage, zivilen Ungehorsam & Protest zu einer militanten Strategie verknüpfen

Erinnern wir uns z.B. an die bundesweiten Angriffe auf Bullenwachen, mit dem herausragenden Ereignis an der Hamburger „Lerchenwache“. Oder die teil-erfolgreiche Kampagne gegen die DHL. Eine militante Aktion muss nicht per se auf die Ausweitung und Stärkung einer militanten Bewegung abzielen (oder diese gar ausrufen). Doch eine libertäre, gesamtgesellschaftliche Perspektive entsteht nicht ohne Zusammenspiel der militanten Kerne untereinander und mit öffentlichen und halböffentlichen Strukturen und die dadurch erst gegebenen breiteren Aktionsmöglichkeiten. Sabotage, Massenmilitanz, ziviler Ungehorsam, Subversion, öffentliche Aktionen und Events gehören zusammen gedacht und auch in einem Atemzug genannt (!), um überhaupt zu einer gemeinsamen inhaltlichen und praxenübergreifenden Perspektive kommen zu können, die der Horrorperspektive des andauernden globalen Normalzustandes ein Ende setzt.

Der Angriff auf die „Lerchenwache“ verortet sich vielleicht als Unterstützungshandlung für die „Rote Flora“, aber er findet zum Beispiel keinen Raum in einer „Recht auf Stadt“-Demo in ihrer ganzen Breite und Breiigkeit. „Recht auf Stadt“ schweigt mehr oder weniger höflich zu der Attacke auf die Bullenstation - wo gerade eine eindeutige Bezugnahme aus einem solidarischen Verhältnis heraus

inhaltlich geboten wäre. Denn sowohl der militante Haufen gegen die „Lerchenwache“ als auch das „Recht auf Stadt“-Bündnis wollen andere Verhältnisse in einer Stadt, die durch verschärfte Ausgrenzung, Armut und Repression gekennzeichnet ist. Hier müssen Strukturen und Formen geschaffen werden, um in eine offensive Auseinandersetzung zu kommen, in der sich solidarisch aufeinander bezogen wird.

Die Distanzierung eines Sprechers von „Castor Schottern“ gegenüber der Presse in Berlin angesichts einer militanten Aktion von AtomgegnerInnen gegen die Berliner S-Bahn offenbart vor allem eines: Die neue Selbstbeschränkung einiger Linker auf zivilen Ungehorsam als alleiniges Allheilmittel (für was eigentlich?) ist gefährlich, entpolitisierend und dumm. Bei den ersten Anläufen der Schotteraktion mussten sich die „Massen“ trotz großer Beteiligung vom Tränengas einnebeln und von Bullen verprügeln lassen. Zwar ist die soziale Qualität dieser Mobilisierung im Wendland eine, die wir nicht klein reden wollen, aber wenn die SprecherInnen den Erfolg darin sehen, dass andere BlockiererInnen den Rücken freigehabt haben, weil „die Masse“ Polizeikräfte gebunden habe, dann müssen sie sich einiges fragen lassen. An die 1.000 vor allem vom Gas verletzte Menschen sind ein hoher Preis.

Sollen sich radikale und militante Strukturen verheizen (lassen), damit andere Pressesprecher sich als Polizistenverstehrer betätigen und den zu langen Einsatz der Bullen bedauern können? Oder damit ein „Back Office“, also eine rückwärtige Verwaltung, unkritisch und selbstverliebt Erfolge herbeiredet, wo eine ernsthafte, selbstkritische Analyse von Erfolg und Misserfolg der Schotteraktion angeraten wäre? Dass später dann doch die Gleise erreicht wurden, war letztlich durch die Erfahrung von Militanten vor Ort im Wald und den Rückgriff auf unkontrollierte, subversive Formen möglich. Es hat dann ansatzweise geklappt, weil sich genügend Leute im Wald entschlossen, die sich selbst beschränkende Methodik des von oben und außen gelenkten zivilen Ungehorsams zu überschreiten. Ohne diese Entscheidung vor Ort hätte der dritte Schotteranlauf nicht funktioniert.

Wer trägt ein solches Konzept beim nächsten Mal mit, wenn klar ist, man ist der Punchingball für arme, überarbeitete Beamte - die am liebsten auch gegen den Castor demonstrieren würden, oder was?? Irgendwann bricht die Massenbeteiligung nämlich aufgrund der Wehr- und Aussichtslosigkeit angesichts der Bullenpräsenz weg. Derartige Event-Mobilisierungen sind nicht ewig wiederholbar. Bevor die Bulleneinheiten nicht meutern und überlaufen - oder zu solchen Einsätzen wenigstens massenhaft krank und blau machen - haben sie kein Mitleid verdient.

Entscheidend wird zukünftig sein, wie Aktionen zivilen Ungehorsams genauso wie andere militante Praxen auch vor Bullenangriffen geschützt werden können. Vor diesem Hintergrund stellt die oben schon erwähnte Distanzierung aus den Reihen von IL-Avanti ein Armutszeugnis dar (und eine unrühmliche Fortschreibung der Distanzierungen einiger „Sprecher“ in Heiligendamm). Den Vogel allerdings abgeschossen hat die Junge Welt. Beiden Äußerungen, und das ist zu betonen, verbindet das ideologische Interesse, militante Aktionen unsichtbar zu machen bzw. ihre Existenz zu leugnen. Ohne öffentliche Revision ihrer Statements passen die beiden Personen nach unserem Verständnis nicht mehr in emanzipative Strukturen.

Nebenbei zeigen solche Episoden immer wieder, wie wichtig es ist, selbstbewusst eigene militante Medien aufzubauen und zu betreiben. Dort müsste dann nicht unter den Tisch fallen, dass es aktive Gegenwehr gab, um nach dem Scheitern des ursprünglichen Organisationskonzeptes doch noch auf die Gleise zu gelangen. Und dass die Hälfte der Schotternden dem autonomen Spektrum im weitesten Sinne zuzuordnen waren. Schauen wir in die unmittelbare Zukunft: Unbeantwortet ist bisher die Frage, wie eine breite Blockade von Naziaufmärschen funktionieren kann ohne gegenüber Naziangriffen „wehrhaft“ zu sein, wenn diese den Angriff suchen und die Polizei keinen Schutz darstellen kann oder will, oder nicht vor Ort ist. Die Nazis, die - spektakulär in Dresden, aber auch an vielen anderen Orten - ihre Aufmärsche nicht durchsetzen konnten, verlagern einen Teil ihrer Aktivitäten und werden dabei immer aggressiver.

Brandlegende Nazis sind nichts neues. Deswegen ist es aber nicht falsch sich klar zu machen: Wenn die Nazis jetzt, statt dumm am Bahnhof rumzustehen, meinen unsere Läden anzünden zu müssen, dann müssen sie auch mit militanten antifaschistischen Reaktionen rechnen. Die Mobilisierung nach Dresden darf sich weder auf die alleinige Wirksamkeit von Blockaden verlassen, noch auf den Schutz durch Bullen. Es braucht eine militante und unberechenbare Komponente gegen die Nazis und dementsprechend Schutz gegen Bullen, die sich den Anspruch auf ihr Gewaltmonopol weder durch Sitzblockierende (so viel sollte seit den blutenden Augen von Stuttgart 21 klar sein) noch durch militante Aktionen aus der Hand nehmen lassen wollen.

Partei ergreifen gegen Parteien

Unberechenbarkeit war immer eine wesentliche Komponente im Widerstand. Politische Parteien haben in keiner Bewegung etwas zu suchen - weder in Gorleben, noch in Stuttgart oder Dresden. Parteivertreter_innen - und niemand anderes - spalten die Bewegungen durch ihre nicht zur Diskussion stehende Vorbedingung von Legalismus, Staatshörigkeit und Gewaltfreiheit - angesichts und gegenüber staatlicher und faschistischer Gewaltstrukturen und -praxis. Wer diese Akteure in eine soziale Bewegung integrieren will statt sie vor die Tür zu schicken, um erstmal aus ihrer Partei auszutreten, ist entweder naiv, verfolgt eigene Machtinteressen oder ist politisch zu schwach.

Auch hier verfolgen IL-Gruppen ein taktisches Doppelspiel. Weil man den militanten Antifaschismus der 1990er als solchen und nicht die mit ihm einhergehenden KPD-Mythen und den patriarchalen und militaristischen Habitus der Bundesweiten Organisation (OO) für ein Scheitern verantwortlich macht, wird jetzt auf Breite gesetzt, die sich im Zweifelsfall von Parteien die Inhalte und die Widerstandskonzepte beschränken lässt. Der Wunsch nach Breite macht blind und führt zu opportunistischer Anbiederung. Soll es um mehr gehen, dann ist den IL-Gruppen eine dringende Korrektur nahe-zulegen. Sofern hinter dem Streben nach gesellschaftlicher Breite nicht sowieso eher das Konzept der Machtübernahme als das der Zersetzung steckt, und daher die Basisstrukturen für das eigene politische Organisationsinteresse funktionalisiert werden. Und das Gerede von der Hegemonieverschiebung als Konzept überzeugt uns in diesem Zusammenhang auch nicht. (Hegemonie verschiebt sich auch, wenn wir den hegemonialen Block von außen traktieren - sozusagen von unserem Blöckchen aus, dem schwarzen, hahaha.) Wir müssen uns nicht mit der Macht gleich machen, um in sie hinein zu kommen. Wenn wir nämlich dann irgendwann drin wären, würden wir aller historischen Erfahrung nach nichts mehr ändern wollen. Andererseits sehen wir derzeit nicht, dass es in den breiten Bündnissen um die Bildung eines antikapitalistischen, antiherrschaftlichen Blocks geht ...

Zurück zur Taktik: Die Festlegung einer Bewegung auf das eine oder andere, auf zum Beispiel nur Blockaden oder nur militante Aktionen, führte in der Vergangenheit zu Berechenbarkeiten, machte uns zur politischen Manövriermasse und/oder erleichterte die Einbindung unserer Aktivitäten in die militaristischen Planspiele der Polizei. Politische Konsequenz ist die Spaltung von Bewegung, die Kriminalisierung von Teilen der Bewegung und die Zementierung der reaktionären Macht nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“. Auch die eigene Harmlosigkeit wird durch ausschließliche Blockadekonzepte unterstrichen, politisch zementiert und instrumentalisierbar. Militante Strukturen werden neutralisiert und ausgeschlossen. Berechenbarkeit von Bewegung: Daran arbeiten Polizeistrategen. Sie wollen uns kontrollierbar, durch Distanzierungsaufforderungen politisch schnell unter Druck setzbar und von herrschender Seite vereinnahmbar und damit politisch neutralisierbar. Wir wollen das nicht und wir wollen ihnen dabei auch nicht helfen.

Wenn auf Grund gesellschaftlich anvisierter Breite militante Initiativen absichtlich aus dem Konzept heraus fallen, anstatt sie konsequent auf gleicher Augenhöhe einzubinden und auch öffentlich und solidarisch zu benennen, enthält man sich selber die ganzen Möglichkeiten der Handlungspalette vor. Jede Praxis, die auch nur symbolisch auf eine gesellschaftliche, fundamentale Umwälzung zielt, wird

so auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Aber nur so ließe sich das Setzen auf gesellschaftliche Breite, zivilen Ungehorsam und militante Gegenwehr in seiner Unberechenbarkeit emanzipatorisch begreifen.

Wir sehen hunderte Verletzte und tausende Traumatisierte für den Fall des Blockade-GAUs kommen, wenn der Polizeischutz einer Aktion zivilen Ungehorsams für zynische Machtpolitiker einmal nicht mehr opportun sein sollte und die Nazis von der Kette gelassen werden. Der „breiten“ Blockade-Bewegung wird von heute auf morgen das Genick gebrochen sein. Wir brauchen Strukturen, die - um an dem Beispiel mit den Nazis zu bleiben - den Nazis nicht nur Blockaden entgegenstellen, sondern die sich auch zu verteidigen wissen – gegen Polizeigewalt wie gegen Nazigewalt - und sich nicht auf den Staat und seine uniformierten Schläger verlassen, wenn die Nazis kommen. Ohne sich dabei selber zu militarisieren und doch entschlossen und militant, möglichst gemeinsam und an den Rändern offen zu den anderen Widerstandsspektren.

Das Zusammenspiel von zivilem Ungehorsam und militanten Initiativen zum Schutz und zur Verteidigung beispielsweise von Blockaden führt uns die Verletzten in Gorleben vor Augen - dies den Verbündeten in der IL begreiflich zu machen, ist eine der Konsequenzen, die wir ziehen sollten. Den Kontroll- und Machtfreaks selbstbewusst die Tür zu weisen und mehr Mut zur Selbstorganisation des kreativen Chaos - das wünschen wir der IL, sofern sie eine Zukunft haben soll, die mit dem Interesse militanter Bewegung korrespondieren will.

Darüber hinaus: Wie kann nur vergessen oder verdrängt werden, in welchen Verhältnissen wir leben? Die Polizei ist einer der Gewaltapparate zur Verteidigung eines zutiefst ungerechten Gesellschaftsmodells und seiner menschen- und umweltzerstörerischen Produktionsweise. Der bürgerliche Staat hat sich in Krisenzeiten noch immer der Nazis bedient - da müssen wir gar nicht bis zur kontrollierten Machtübergabe 1933 zurückgehen, Todesschwadronen und Geheimlogen tun auch zu „demokratischen“ Zeiten ihren Dienst. Erinnern wir uns: Bis zum heutigen Tag ist das Oktoberfestattentat von 1980 mit seinen vielen Toten in München ungesühnt und die Verwicklung deutscher Geheimdienste und der Faschisten darin unaufgeklärt. Dass die Morde das Ziel hatten, eine Strategie der Spannung durch Terror von oben zu erzeugen, um einen wie Franz Joseph Strauß nach oben zu spülen, wird gerne als Verschwörungstheorie diffamiert, wird deshalb aber nicht unplausibler.

Und nur um es gegenüber zu stellen und damit etwas aufzuzeigen: Während wir das hier schreiben, lässt sich die Bundesanwaltschaft von einer Privatperson treiben und fahndet nach den Buback-Mördern, obwohl die RAF-Mitglieder, derer man habhaft werden konnte, bereits kollektiv verurteilt wurden. Gleiches gilt für die Verfolgung zweier Militanter aus den RZ der 1970er des letzten Jahrhunderts, die als RentnerInnen von Frankreich nach Deutschland ausgeliefert werden sollen, um ihnen hier und heute den Prozess zu machen. Dass heute ein Teil der verbürgerlichten Antifa bereit ist, sich mit dem Verfassungsschutz aufs Podium zu setzen, zeigt nur, dass sich die politischen Koordinaten verändert haben. Ein Teil der Antifa hat keine gesellschaftliche Utopie mehr und sucht auch nicht mehr danach, innerhalb des demokratischen Systems lässt sich gut ein persönlicher Frieden schließen.

Massenaktionen wie Blockaden, militante Kleingruppenaktionen und massenmilitante Aktionen müssen wieder in Beziehung zueinander gesetzt und hinsichtlich umfassenderer Perspektiven diskutiert werden. Teilbereichskämpfe führen schnell dazu, den Gesamtzusammenhang aus den Augen zu verlieren.

Sichtbarkeit organisieren: für Militanz - und für das Soziale des Zusammenhanges

Trennen einige Teile der IL beispielsweise zwischen Blockaden und militanten Aktionen, weil sie gesellschaftlicher Breite an einzelnen gesellschaftlichen Konfliktfeldern den Vorzug geben vor dem Kampf um eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf eine befreite Gesellschaft, und sich langsam, quasi „zerrissen“, in das Herrschaftsgefüge einfügen, so unterläuft der militanten Bewegung der umgekehrte politische Fehler. Die Arbeit an der öffentlichen Sichtbarkeit von grundsätzlichem politischen Widerspruch und die Definitions- und Interpretationsmacht über militante Bewegungen oder deren Aktionen überlassen die Militanten den reformistischen Gruppen, den IL-Strömungen und ihren legalen Strukturen und Publikationen.

Innerhalb der IL betreibt ein Teil die Anbindung an Parteien, anstatt militante Herangehensweisen auf alle gesellschaftlichen Fragestellungen einerseits auszuweiten und andererseits durch eigene öffentliche und radikal bestimmte Initiativen zu verankern. Dabei beziehen wir uns noch positiv auf jene Kräfte in der IL, die eine Organisation anstreben ohne Dominanz gegenüber anderen Strömungen. Eine ähnliche Funktion der öffentlichen Deutungshoheit über Militanz hatten die Grünen und die taz in den 1980ern. Die Hoheit wurde den kommenden PolitikerInnen und JournalistInnen von einer militanten Bewegung auch aus Bequemlichkeitsgründen überlassen. Aus dem, was daraus geworden ist, sollten Militante gelernt haben. Doch stattdessen wurde die Pressearbeit z.B. bei der Anti-G8-Mobilisierung den IL-Kräften überlassen, und das Fußvolk organisierte sich vor allem in der Aufstellung der Infrastruktur. Parallelen erkennen wir auch in Gorleben.

54

Wenn also öffentliche Initiativen wie die IL meinen, die Ausgrenzung militanter Positionen und Praxen organisieren und ihrer Öffentlichkeitsarbeit zugrunde legen zu müssen, dann muss die militante Bewegung diskutieren, wie sie selber öffentliche Initiativen aufbaut, und nicht immer und immer wieder unbequeme öffentliche Arbeit delegieren an Linke, die nicht nur aus taktischen oder strategischen Gründen auf andere Mittel setzen, sondern bei genauerem Hinsehen zumindest in Teilen auch andere Ziele verfolgen. Militante Personen, denen aus welchen Gründen (Alter, Repression, Krankheit, Verantwortung für andere z.B. Kinder etc.) auch immer, die Hände gebunden sind, könnten sich organisieren und offensive Öffentlichkeitsarbeit zu ihrem Steckenpferd machen. Oder aber die Diskussion mit den solidarischen Teilen der IL schärfer führen, so dass öffentliche Strukturen sich wieder als Teil einer militanten Praxis und Perspektive begreifen. Das hieße wiederum: als radikale Kräfte in Bündnisse gehen und Diskussionen einfordern und gegebenenfalls andere Vorschläge einbringen. Das hieße aber auch, sich selber so zu organisieren, dass es eine wahrnehmbare, öffentliche Gruppe oder Gruppen gibt, die diese Funktion übernehmen können, kontinuierlich und strukturiert. Und die tatsächlich ansprechbar und sichtbar sind.

Dass die Akteure der Nacht nicht die Selben sein sollten und können wie die Aktivistinnen der öffentlichen oder halböffentlichen Strukturen, setzen wir voraus und halten dies für erwähnenswert, denn aus dieser Trennung ergeben sich neue Schwierigkeiten. Erstens: Wie bleiben die Sprecher_innen einer militanten Bewegung und die militante Bewegung auf Augenhöhe? Und zweitens: Schon in den 1980ern konstruierten die Ermittler sogenannte „anschlagsrelevante Themen“ und fahndeten nach Überschneidungen zwischen öffentlich vertretenen Positionen z.B. im Bereich der Flüchtlingsarbeit oder in der Kritik der Gen- und Reprotechnologie und militanten Kampagnen der RZ/Rote Zora. Daraus zogen sie ihre Ermittlungsansätze und kriminalisierten oft genug öffentliche Strukturen, ohne dass es je zu Verfahren oder gar Verurteilungen kam.

Viele Fragen werden an solche „öffentlichen Militanten“ gerichtet werden, die grundsätzlich andere Vorstellungen von Gesellschaft haben und diese unversöhnlich mit dem Bestehenden vertreten (allenfalls sich auf die „Transformationsfrage“ einlassend). Unabhängig davon, ob diese Fragen sich an militante oder pazifistische, öffentliche, straßenmilitante oder klandestine Praxen richten, auch ob sie an Teile der IL, die Fraktion für einen kommenden Aufstand, an Ökomilitante usw. gehen. An der

militanten Notwendigkeit von Sichtbarkeit können sich neue Diskussionen entwickeln und übergreifender miteinander ins Gespräch kommen: Das Diskussionsforum „Militanz, Hoffnung, Perspektive“ kann Ort vorsichtiger Verständigungen werden.

Vielleicht steht für eine militante, libertäre Szene neben oben gesagtem erst einmal eine neue Selbstverortung in der jetzigen Epoche an, in der das Modell der autonomen Gruppen möglicherweise zu überdenken ist, um nicht ein Konzept aus den 1980ern unreflektiert fortzuführen, das möglicherweise nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Denn die soziale Zusammensetzung der Gesellschaft, die gesellschaftlichen Zwänge, die zu ausgeprägter Vereinzelung führen, der höhere Existenzdruck, der auf vielen lastet, natürlich auch innerhalb autonomer Strukturen, und ein verändertes System der herrschenden Wertmaßstäbe gegenüber den 1980ern - am Besten vielleicht schlagwortartig zu beschreiben mit der „neoliberalen Durchdringung aller Lebensformen und Handlungsweisen“ - macht diese Frage notwendig.

Bräuchte es beispielsweise eine militante(!) Strategie zum Aufbau neuer sozialer Strukturen? Denn die Angst vor sozialer Stigmatisierung durch einen sozialen Abstieg, die durch keinen Zusammenhang sozial aufgefangen und offensiv gewendet werden kann, prägt das Leben vor allem junger Genoss_innen. Die Leistungskontrollgesellschaft macht etwas anderes kaum noch denkbar, als individuell oder im Pärchen an einer materiellen Lösung zu basteln und diese durchzuboxen. Bis zur Entwürdigung und Aufgabe gesellschaftlich anderer Visionen - alle gegen alle. Wie soll jemand noch an den Erfolg einer Utopie und militanten Perspektive glauben, wenn die eigenen sozialen Ängste und Probleme nicht solidarisch und gemeinsam angegangen werden? Die Frage des Sozialen eines widerständischen Zusammenhanges gehört auf die Agenda militanter Perspektivdiskussionen. Sie ist kein Nebenwiderspruch.

Warum gibt es keine militante Debatte?

Das Potential zu einer punktuell gebündelten militanten Kraft im öffentlichen wie nicht öffentlichen Raum ist unserer Ansicht nach vorhanden, vergegenwärtigen wir uns Niveau, Menge und Streuung der militanten Aktionen einer Broschüre mit dem Namen „Bauwas“. Doch die aktuellen Diskussionen über militante Perspektiven - so es denn welche wahrnehmbar gibt - klaffen für uns weit auseinander und haben bisweilen auch einen politisch ungenauen Charakter. Vielleicht wird (in den Erklärungen und aber auch in separaten Papieren) nicht diskutiert, weil die Sorge vor Infiltration, Sprachanalysen und möglicher Einkreisung groß ist. Oder ist das nur vorgeschoben? Gemeinsam haben viele Beiträge, dass sie für sich stehen, ihr Kontext ist zwar grob an einem Problem umrissen und eventuell bezieht sich auch wer darauf, doch die Debatten stehen nicht in einem großen Kontext, wo man insgesamt hin möchte und warum an diesem kleinen Punkt jetzt ein Beitrag erscheint.

Eine andere Erklärung, warum so wenig diskutiert wird: Die militante Szene ist noch von der aggressiven und dominanten Weise der „mg“ und neuerdings vom reformierten Projekt „radikal“ angewidert und verbindet wenig Positives mit einem weiteren Versuch einer militanten Debatte. Ein Grund mehr, eine anarcho-libertäre militante Debatte ins Leben zu rufen. Vielleicht behindert der Aktionismus - neben dem Subjektivismus und der Geschichtslosigkeit eine der Urkrankheiten auch der autonomen Bewegung - eine militante Analyse. Vielleicht gibt es ein Ressentiment unter Militanten gegen Theorie, weil diese sich oft über die Praxis erheben will, ohne ihre Überlegungen praktisch zu erproben und sich auf ein Theorie-Praxis-Wechselspiel einzulassen. Aber Diskussionen von Aktionen fallen auch deshalb aus, um den Eindruck einstudierter, erfahrener, und - widersinnigerweise auch - etablierter militanter Praxis zu vermeiden. Vielleicht verselbstständigt sich aber auch, so befürchten wir, eine gewisse Faulheit und Trägheit, sich die Mühe zu machen nachzudenken und zu diskutieren, ob und wie Militanz auch noch mehr sein kann und soll als nur eine subjektive Willensbekundung, ein Akt der Sabotage, der als Sandkorn im Getriebe wirkt und wenn-nicht-mehr-dann-auch-gut.

Aber a) denken wir, dass wir eine politische, strategische Diskussion nicht irgendwelchen marginalen Sekten überlassen sollten und uns dadurch selbst die Chance nehmen, die überfällige Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu führen, innerhalb derer militante Theorien, Organisationen und Praxen gesellschaftliche Relevanz erhalten können. Und weil es so schön ist gleich noch mal unsere Lieblingsleitfrage: Zu welchem Ziel, mit welcher Utopie und Vorstellung von einer oder mehreren anderen Gesellschaftsformen treten wir aktuell an?

Und b) haben wir ein Problem mit Positionen, die die oben gestellten Fragen nicht wenigstens versuchen zu beantworten. Im militanten Trott handelnd, eingerichtet bzw. den reformistischen Effekt allen Aufbäumens erdulden werden wir zu strukturell und systemkonform eingebundenen Metropolenmilitanten.

Die internationalistische Bestimmung einer militanten Perspektive (auch wenn sie regional unterschiedliche Bezugspunkte hat) steht in Bezug zu Klimakatastrophen, Hunger, Seuchen, Krieg in all seinen Erscheinungsweisen und zur Vernichtung von Lebensgrundlagen durch einen technologischen „Fortschritt“, der nur eine totalitäre Ausweitung der Beherrschung allen Lebens kennt und nichts will als dessen Vernutzung. Das alles ist nicht Exzess, sondern prägt die Epoche, in der wir leben, als Normalität. Die Normalität ist ein einziger Exzess. Natürlich können wir in Ratlosigkeit und Resignation über die monströsen Verhältnisse und Perversionen verfallen. Niemand kann uns dafür verurteilen. Wer ist nicht ständig überfordert von den Nachrichten, die ein Leben im globalen Ausnahmezustand als Normalität abbilden? Natürlich stumpfen wir ab, schirmen wir uns ab, agieren in für uns überschaubaren Problemfeldern.

Wir können uns subversiv einrichten in Deutschland und der Sabotage als Mittel im Kampf um minimale Veränderungen bedienen. Unsere Interventionen können wir auch dann noch als Sand im Getriebe deklarieren. Aber streuen wir nicht Sand in ein Getriebe, um die Maschine anzuhalten und nicht um den Schmiermitteleinsatz zu optimieren oder die Reinigungszyklen zu verkürzen? Und wenn die Maschine dann wirklich mal anhält, wenn der Zug zum Stehen kommt? Überlassen wir dann das Feld wieder den Parteien - wie in Gorleben, wenn im Tränengasnebel schon der nächste Regierungswechsel vorbereitet wird? Schottern für rot-grün-rot? Spätestens dann kommen uns selbst hinter den dichtesten Masken die Tränen.

Wir wollen es nicht, und doch bewegen wir uns in dem Widerspruch, dass die Proteste von Stuttgart 21 und Gorleben als Türöffner für einen Machtwechsel innerhalb der pervertierten Normalität dienen, um genau das fortzuführen und immer wieder auszubessern, wogegen wir Sand ins Getriebe zu streuen versuchen. Wollen wir das Feld einem Polizeiherr und dem Militär überlassen, wenn die Maschine knirschend zum stehen kommt? Wie lassen sich gleichzeitig das Atomkarussell sabotieren und die Instrumentalisierung des Zivilen Ungehorsams unterbrechen gegen jene Kräfte, die sich mit der „weniger schlechten“ Variante der „besseren Regierung“ angefreundet haben und mit diesem Projekt jetzt an die Tröge wollen? Eine sich aufdrängende Fragestellung für die militanten Gruppen, nicht nur im Wendland.

Wollen wir uns selber ernst nehmen, dann kommen wir nicht an einer politischen Neubestimmung militanten Widerstands vorbei. Dies ist eben keine Frage der Militarisierung von militanter Praxis, in die uns die politischen Gegner gerne drängen würden, wenn sie uns nicht anders klein kriegen. Wollen wir uns ernst nehmen, dann brauchen wir eine gesellschaftliche Analyse hinsichtlich globaler und lokaler sozialer Kämpfe, der eigenen Utopie, und den daraus resultierenden eigenen Organisationsformen und der Angriffspunkte für militante Kerne.

Einzelne Gruppen können zwar Akzente setzen, eine solche Diskussion hat nur in breiterer Form einen Sinn. Beispielsweise: Der nächste Castor darf nicht durchkommen! Nicht weil er in Gorleben endgelagert werden soll, sondern weil wir für eine anarcho-libertäre Perspektive eintreten, in der ein Castor

nach Gorleben, Russland oder sonst wo hin genauso wenig Zukunft hat wie der Bullenstaat, der diese Transporte durchprügelt. Weil es keine friedliche Nutzung der Atomenergie gibt, weil „nationale“ Energiepolitik auch ohne GAU schon mörderisch genug ist, weil wir keiner Regierung das Recht zubilligen, uns zu regieren.

Mit wem diskutieren?

Wir wollen das Feld öffnen für Diskussionen über einen Widerstand, ob öffentlich oder militant, und eine militante Organisation an allen gesellschaftlich relevanten Fragen, die im Ergebnis keine Herrschaftsformen mehr reformieren und neu etablieren will. Wir wollen das militante Diskussionsforum öffnen für Gruppen, die nicht als militante Kerne alleine unterwegs sind, sondern die für Konzepte der Straßenmilitanz eintreten, die massenmilitante Konzepte verfolgen, die Blockaden ins Leben rufen, die sich im Rahmen von zivilem Ungehorsam organisieren oder Reproduktionsorte für die Bewegung stellen und sich „trotzdem“ als Teil einer militanten, autonomen, egalitären, anarchistischen oder auch libertären Perspektive verstehen oder verstehen möchten. Ob sie in einer sogenannten Vokü kochen, nachts die richtigen Fahrzeuge anzünden, die INTERIM herausgeben, Flugblätter auf der Straße verteilen oder Geld für untergetauchte Flüchtlinge, Deserteure oder Militante sammeln.

Auch hier wiederholen wir: Uns geht es um die Verknüpfung von Unterschiedlichkeiten, um zu einer befreiten Gesellschaft zu kommen. Das Ganze nicht zum Selbstzweck, sondern weil wir die Abwicklung von Machtverhältnissen und -institutionen für notwendig erachten, damit der Schutz und der Aufbau solidarischer Lebensweisen, global und in Respekt mit allem Leben auf der Erde stattfinden kann.

Wir wollen Radikale und Militante verschiedener Strömungen, weit über den LeserInnenkreis dieser Zeitung hinaus, ausdrücklich zur Debatte einladen. Wenn ein bewusstes Wechselspiel der öffentlichen, legalen, halblegalen, militanten Aktionen und Kampagnen gewollt wird, dann muss ein politisches Diskussionsforum geschaffen werden - ohne Aktionen und Herangehensweisen im Konkreten offen zu legen. Das gilt für die Akteure sowieso.

Der Vorschlag konkret

Wir wollen kein völlig beliebiges Diskussionsforum. Darum konkretisieren wir den Vorschlag hinsichtlich der Form und der Rahmenbedingungen und einer eingegrenzten Zielbestimmung. Reflektionen über vergangene Auseinandersetzungen können einen Einstieg in die Diskussion erleichtern.

Zum Beispiel entlang von Fragen wie:

Kann eine militante Perspektive Erfolg haben ohne öffentliche Verankerung? z.B. am Beispiel der DHL-Kampagne: Wie wird bewertet, dass sich wenig linke Strukturen dazu öffentlich verhalten, obwohl die Kampagne praktisch breit aufgenommen wurde? War sie als rein militante Kampagne konzipiert?

Oder:

Wie werden die vielen Angriffe im letzten Jahr auf die Bullenwachen bewertet? Schafft man selber eine Eskalation, die den militanten Kernen das Handeln erschwert? Geht es wirklich gegen die Bullen oder gegen das, was sie mit Gewalt und Repression schützen und aufrechterhalten? Und: Produziert ein Machtkampf „wir-gegen-die-Schweine“ nicht zu viele ZuschauerInnen? Oder umgekehrt gefragt: Machen solche Angriffe anderen Menschen Hoffnung? Wenn ja: Worauf? Wie damit umgehen, dass

verhältnismäßig durchdachte Aktionen gegen Bullen, bei denen eben keine Tötungsabsicht bestand, plötzlich mit einem Mordvorwurf konfrontiert werden? Und was ist damit beabsichtigt?

Oder:

dass bei einem illegalen Böller gegen Bullen plötzlich mit „Splitterbombe“ getitelt werden kann (Berlin, Krisendemo, Frühjahr 2010) und dies nur kleingedruckt zurückgenommen wird: Müssen wir aufpassen, bestimmte Bilder nicht zu bedienen, damit es der Repressionsapparat nicht zu leicht hat, Kriminalisierungswellen loszutreten, die auf Einschüchterung und Entsolidarisierung zielen? Müssen die Aktionen anders justiert werden oder muss den Folgen (Pressehetze, Kriminalisierung etc.) anders begegnet werden - damit eine Aktion nicht in Verunsicherungen, Lähmungen und Desorientierung resultiert?

Oder:

Wie beurteilen wir den Erfolg von Blockaden in Heiligendamm, Gorleben oder Dresden, wenn mit dem Ziel der gesellschaftlichen Verbreiterung u.a. die Einbeziehung von Parteien betrieben wird, die - speziell in ihrer deutschen Ausformung - jede Bewegung wieder an Parlamentarismus und Staat binden wollen? Beziehen nicht gerade die „linken“ Parteien Macht und Legitimität gerade daher, wenn es ihnen gelingt soziale, außerparlamentarische Bewegungen einzubinden. zu vereinnahmen, aufzusaugen und ihnen die (wenn auch nur potentiell) systemsprengende Kraft zu nehmen? Ist letzteres nicht genau ihre Funktion in der parlamentarischen Demokratie, sind sie deshalb „erlaubt“? Wie kommt es, dass wir die Zusammenarbeit mit Parteien überhaupt zulassen?

Wie kann das Zusammenspiel zwischen öffentlich angekündigten Blockaden, Massenmilitanz und Kleingruppenaktionen (Beispiel Dresden) aussehen, wenn die Nazis nach ihrem Scheitern letztes Jahr auf gewalttätige Konfrontationen setzen und wir uns nicht alleine auf die Unterstützung bürgerlicher Politiker und Politikerinnen und schon gar nicht auf die „Hilfe“ der Polizei verlassen wollen? Wie ein militantes Verhältnis aufbauen in der Bündnisarbeit mit Vertretern von Organisationen, die übers Jahr kein Problem damit haben, die Arbeit linksradikaler Initiativen gleichzusetzen mit braunem Straßenterror und menschenverachtenden Nazi-Praxis?

Steht für Gorleben nicht eine Neubestimmung der militanten Interventionsmöglichkeiten an, wenn sowohl die BlockiererInnen als auch die Polizei mit dem Verlauf der Ereignisse zufrieden sind und man sich - sprecherInnenseits - gut versteht (die-arme-überforderte-Polizei ./ das berechnigte-Anliegen-der-Atomgegner-friedlich-zu-blockieren) während im Wald über 2000 Kartuschen Pfeffer versprüht werden und ein Toter liegen bleibt (Auch wenn die Zusammenhänge in diesem jüngsten Fall noch unklar sind: Pfefferspray hat erwiesenermaßen schön öfters zu Todesfällen geführt). Oder ist der Erfolg darin zu suchen, dass sich ein Teilbereichskampf gesellschaftlich so ausgeweitet hat, dass er zu einem regionalen Faktor mit bundesweiter Relevanz geworden ist? Umgekehrt die Frage, welchen Wert hat eine derartige gesellschaftliche Breite, wenn das damit verbundene Widerstandsprojekt so „deutsch“ bleibt, keine Bedeutung hat für die Flüchtlinge und Migranten, die auf dem Weg nach Europa krepieren oder an Frontex scheitern?

Und:

Wie ordnen wir eine zweite sich entwickelnde Bewegung ein, die in Baden- Württemberg - der Hochburg bürgerlicher Anständigkeit und Satttheit - nach zehnjähriger Beharrlichkeit der kritischen Initiativen vor Ort in atemberaubender Geschwindigkeit zu einer gesellschaftlich breiten und politisierten Bewegung werden konnte, die sich insofern politisch radikalisiert hat, dass sie Befriedungsversuchen lange zu widerstehen wusste. Können ausgehend von solchen Ereignissen auch andere gesellschaftliche Fragen und Zusammenhänge für die betreffenden Menschen ähnlich wie an der Start-Bahn 18 West oder in Wackersdorf relevant werden? Müssen wir nicht als militante Kraft sichtbar in solche Konflikte mit einsteigen, präsent werden, ohne zu bevormunden, und ohne uns Illusionen über den widersprüchlichen Charakter breiter Proteste wie gegen Stuttgart 21 zu machen?

Die Hunde bellen...

Der folgende Abschnitt mag ermüdend sein für die einen, befremdlich oder unverständlich für Menschen, die die INTERIM nicht kennen oder die Diskussionen um die „mg“ im Besonderen. Er ist also nur für einen Teil derjenigen, an die wir uns mit diesem Papier wenden, gedacht. Dennoch halten wir diese Positionierung in ihrer Binnenwirkung für notwendig, um einiges noch einmal klar zu stellen: Mit den „mg“/„RL“ gibt es keine Perspektive und auch nicht mit Leuten, die so drauf sind. Die „mg“ und ihre transformierten Strukturen mit der gekaperten „Radikal“ als neuem Parteiblatt der „Revolutionären Linken“ sind hervorragend geeignet, noch einmal aufzuzeigen, worum es in einer politischen Bestimmung einer militanten Diskussionsstruktur nicht geht.

Sollte der Begriff der „Revolution“ noch eine Rolle spielen - aus politischen Gründen, die zu diskutieren wären -, dann gilt es zu bestimmen, welche „Revolution“ gemeint sein soll, d.h. was revolutionärer, libertärer, anarchistischer, ökorevolutionärer, feministischer oder sozialrevolutionärer etc. Widerstand heute sein kann. Den Wunsch nach einem Aufstand der Köpfe und Herzen gegen all die verschiedenen Unterdrückungsformen, die wir und andere wahrnehmen, in ein ideologisches Korsett zu packen, entspringt purer Desorientierung und wirkt bestenfalls manipulativ. Der Kommunismus leninistischer, bolschewistischer und maoistischer Prägung bringt gerade nicht das Absterben des Staates, sondern vielmehr das jedes Befreiungsversuchs, der sich in eine solche Richtung verirrt.

Der Begriff der „Revolution“ scheint uns vor allem durch derartige Kommunismen so nachhaltig diskreditiert worden, dass ohne eine Neudefinition und Neubestimmung keine Anknüpfung möglich ist (das gilt übrigens fast in gleichem Maße für den Begriff des Kommunismus selbst). Die RL-MG hingegen setzen den Begriff in alter Manier. Daher müssen wir davon ausgehen: Sie streben nicht das gleiche Projekt an. Befreiung ist nicht gleich Befreiung, so wie Radikal nicht gleich Radikal ist.

Die „RL“ lehnt sich revolutionär-konzeptionell mit dem neuen Parteiblatt „Radikal“ u.a. an Lenin an. Langweilig, von vorgestern, historisch überholt, toter Hund. Und „konterrevolutionär“, wenn wir eben die harte Sprache der 1970er und 1980er zur Charakterisierung bemühen und damit spaßeshalber im Duktus der „RL“ selbst antworten. Da ändert es auch nichts, einen feministischen Artikel von Frauen zum Thema Militarismus zu klauen und aus taktischen Gründen in die Parteizeitung zu setzen. So wird kaschiert, dass weder Feminismus noch Antimilitarismus Steckenpferde der Parteifreunde darstellen. Offensichtlich sollen die zukünftigen RevolutionärInnen zunächst mal dort abgeholt werden, wo sie stehen. Daher gilt es zu kaschieren, dass man eigentlich auf Militarismus abfährt. Aber revolutionär soll er sein.

Autonomen Zusammenhängen fehlt es oft an historischem Gedächtnis, das eine Basis bieten kann und/oder der nötigen Lust zur Begriffshuberei, um Gruppen wie „mg“ oder „RL“ auch ideologisch gegenüber zu treten und sie an ihren Phrasen zu entlarven. Da ist es tatsächlich einfacher, sich an der fehlenden Postadresse der neuen Parteizeitung aufzuhängen, als einen inhaltlichen Graben auszuheben und den leninistischen Wiedergänger darin zu versenken.

Wer die spanische Revolution studiert, kann herausfinden, wie die soziale Revolution anarchistischer Prägung durch die faschistische und stalinistische Konterrevolution zerschlagen wurde. Weder Stalin noch Hitler hatten ein Interesse an einem Erfolg der spanischen Revolution. Stalin und seine Säuberungen des eigenen Parteiapparates fielen nicht vom Himmel - sie bildeten das Ergebnis der gescheiterten russischen Revolution. Spätestens drei Jahre nach Beendigung der zaristischen Herrschaft wütete die Konterrevolution in den eigenen Reihen. Die Bolschewisten ergriffen die Macht und begannen andere revolutionäre Positionen zu liquidieren, einschließlich der revolutionären Aktivistinnen innerhalb der eigenen Reihen. Die Militarisierung der Revolution war die konterrevolutionären Zerstörung der sozialen Revolution.

Wegbereiter des Stalinismus war Lenin mit seiner Zentralisierung des Parteiapparates, der Zerschlagung der Sowjets, der Eliminierung anarchistischer sozialrevolutionärer Zusammenhänge, der Überleitung des zaristischen Geheimdienstes in einen bolschewistischen. Trotzki, der noch im Exil dem stalinistischen Eispickel zum Opfer fiel, ist ein weiteres Ergebnis der Konterrevolution, für die er selber stand. Zuvor war er die treibende Kraft bei der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes (Fußnote 9). Der Aufstand der Kronstädter Soldatenräte bildete den letzten größeren Versuch, die Errungenschaften der sozialen Revolution gegen die bolschewistische Machtergreifung zu verteidigen. Wer heute Lenin zum politischen Bezugspunkt seiner Praxis macht, ist entweder verwirrt, will verwirren oder tritt bewusst als politischer Gegner einer auf Emanzipation und Befreiung gerichteten Linken an, bzw. wird als solcher durch Geheimdienste in Stellung gebracht.

Wenn Linke heute von Revolution reden, muss geklärt werden, was sie meinen, denn es gibt da keinen begrifflichen Konsens, schon gar nicht im Hinblick auf eine nach libertären Prinzipien betriebene Befreiungsbewegung.

Wir halten es da mit Dora Kaplan, die als Sozialrevolutionärin und Putzfrau 1918 in Moskau ein Attentat auf Lenin unternahm. Die Attentäterin, im Zarenreich bereits wegen revolutionärer Tätigkeiten verfolgt, war zwar durch die Revolution aus dem Knast befreit worden, doch sah sie in der Ermordung Lenins eine notwendige Bedingung für die Rettung vor der Konterrevolution. Wie wir wissen, verletzte sie ihn nur und wurde dafür hingerichtet.

Wir lehnen eine politische Nähe zu Neo-Leninisten, -Maoisten, -Stalinisten etc. ab und warnen außerdem vor einer strukturellen Nähe zur „mg“ und ihrem transformierten Umfeld. Neben den politischen Bedenken haben wir auch sicherheitstechnische: Wir halten es für unverantwortlich, bei Acor eine Seite für das neue Parteiblatt einzurichten oder zu besuchen, wo alle Verbindungsdaten, die IP-Adresse, Tages- und Uhrzeiten gespeichert und für die Bullen und den Verfassungsschutz über die Provider- Pflicht-Schnittstelle direkt zugänglich sind. Wir misstrauen einer Netzveröffentlichung dieser „radikal“ auf Servern, deren Zugriffsprotokolle für die Bullen direkt zugänglich sind und die auf uns wie eine Falle für unbedarfte linke Surfer wirken. Wer auf ein derartiges Internetangebot verweist und dazu nicht einen Ton sagt, betätigt sich - wissentlich oder unwissentlich - als Bullenlockvogel. Wir warnen hiermit davor, dieses Internetangebot ohne verschlüsselten Netzzugang (Tor, Vidalia) zu nutzen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch die bislang nicht erfolgte politische Auswertung und/oder Veröffentlichung der Akten aus dem mg-Verfahren als unverantwortlich. Wer sich gleich weiter transformiert und - als ob nichts gewesen ist - mit einer gekaperten „radikal“ taktische und unsolidarische Abgrenzungen zu anderen Genossen raushaut, anstatt sich zuerst einmal in Bescheidenheit zu üben, wo die Bullen einem gerade den Zusammenhang zerschlagen haben, tickt nicht ganz richtig.

... die Karawane zieht weiter. Einige weitere Vorschläge ...

Wir schlagen die militante Debatte vor als einen Ort des Austausches, der sich selbst moderiert. Eine Selbstbeschränkung/Erweiterung der Diskussion ist für alle öffentlich verhandelbar. Also auch eine Ausweitung auf strategische und perspektivische Projekte für die Zukunft bzw. Einschränkungen dessen, was nicht zur öffentlichen Aussprache gebracht werden soll.

Weiterhin schlagen wir vor, nicht als Gruppe xy in Erscheinung zu treten, sondern sich unter ein gemeinsames Label zu begeben: „Hoffnung, Militanz & Perspektive!“ Dadurch machen wir deutlich, dass wir uns diskursiv aufeinander beziehen und unsere Beiträge in einen gemeinsamen Rahmen stellen. Die Exklusivität des Namens verschwindet, also auch unser Name, in einer größer angelegten Dis-

kussion. Doch es steht jeder Gruppe frei, mit einem eigenen Namen eine Gruppenzugehörigkeit, eine Kontinuität, einen inhaltlichen Vorschlag zu unterbreiten, weil so ihre Äußerungen vielleicht besser einzuordnen oder zu diskutieren sind oder ein anderes Gewicht erhalten sollen etc..

Doch jede Gruppe, die nur unter dem gemeinsamen Label veröffentlicht, verschwindet auch als Gruppe unter mehreren, erschwert dem Repressionsapparat die Einschätzungen, wie viele Gruppen und Einzelpersonen an der Diskussion beteiligt sind und wer wofür steht. So wird ein gewisses Maß an Verdecktheit hergestellt und unnötige Transparenz vermieden - wenn auch nicht ausgeschlossen. Ein Label für alle macht unsichtbarer, behindert aber inhaltliche Diskussion nicht - auf die es uns ja ankommt.

Wird eine Gruppe zerschlagen oder ist sie gerade handlungsunfähig oder pausiert etc., werden ihre Beiträge durch das Ausbleiben weiterer Beiträge nicht zuordnenbar. Vielmehr fangen andere Gruppen das auf, übernehmen die Diskussion und der Diskussionsfluss läuft weiter, sobald sich eben mehrere Gruppen diesem Vorschlag anschließen. Gruppen, die etwas inhaltlich angestoßen haben, aber anderweitig gebunden sind, können sich so auch aus der Verantwortung für die Weiterführung der Diskussion herausnehmen.

Das gemeinsame Label erschwert auch ein „Ranking“, und vermindert den Konkurrenzdruck gegenüber anderen Gruppen, weil wir uns als Teil einer gemeinsamen Auseinandersetzung und auch Kontroverse betrachten. Diese Form der öffentlichen transparenten Diskussion erleichtert es dann hoffentlich vielen auch neuen Strukturen, sich zu orientieren und selber Zusammenhänge/Banden/militante Kerne aufzubauen bzw. Positionen einzubringen und abzugleichen.

Außerdem zielt unser Vorschlag auf eine Diskussionsbeteiligung von militanten Kernen einerseits und öffentlich agierender Gruppen andererseits. Auch letztere sollten ihre öffentlichen Strukturen nicht identifizierbar machen, selbst wenn sie vollkommen legal arbeiten. Denn wir gehen davon aus, dass alle Beteiligten dieser Diskussion ihr militantes Interesse eint. Wir wüssten nicht, warum öffentliche Strukturen kein Tor zur Infiltration abgeben würden und warum sie sich nicht ebenso vor Repression abzusichern versuchen sollten - wenn auch dort das Repressionsrisiko derzeit vielleicht geringer ist als für klandestine militante Strukturen (aber auch das kann sich wieder ändern).

Wir begreifen das militante Diskussionsforum als Ort für radikale Strömungen in ihrer breiten Palette der Aktions- und Organisationsformen. Die Zuordnung für die Repressions- und Spitzelapparate wird dadurch zusätzlich erschwert. Dass der Staatsschutz versuchen wird, auf die Diskussion Einfluss zu nehmen, ist nicht auszuschließen - das aber gilt in allen Bereichen und ist nichts neues. Ist die Diskussion aber transparent und kontrovers angelegt, entscheiden alle Beteiligten über den emanzipativen Charakter der Diskussionen.

Eine strenge Maßgabe wollen wir allerdings unverhandelbar festsetzen: Unter dem Label dieses Diskussionsforums finden keine Aktionen statt - das Label ist reserviert für einen Organisationsprozess, und für eine inhaltliche Perspektivendebatte - und als solches getrennt von den verschiedenen Aktivitäten der Beteiligten. Und: Keine Veröffentlichung unseres Beitrages im Internet - wir bestehen auf andere Verbreitungsformen.

INTERIM als militantes Medium

Wir schlagen die INTERIM als Ort dieser militanten Diskussion vor: Weil unregelmäßig regelmäßig, weil überregional. Und weil derzeit alternativlos.

Die Monatszeitung ak, das Flaggschiff der IL, unterschlägt militante Positionen systematisch und knüpft damit an die Tradition des Kommunistischen Bundes an, dessen Mitglieder aus den 1970ern

und 1980ern bekanntlich ihren Weg in den Parlamentarismus gefunden haben und heute grüne Politik machen. Das Projekt heute arbeitet an einer diffusen Hegemonieverschiebung nach links und orientiert sich dafür unseres Erachtens zu sehr an den als links geltenden Parteien, an Wahlen, an den Möglichkeiten, das jeweils geringere Übel herauszufinden und die gesellschaftliche Vernunft in diese Richtung zu lenken. Das schrammt uns zu oft und zu nahe am Bemühen ums Gemeinwohl vorbei und geht uns damit zu oft und zu weit - ob international oder nicht ist im Ergebnis das gleiche - in eine Richtung, die nicht die unsere ist: Richtung Machtbeteiligung oder zumindest Machtbeeinflussung. Radikale Positionen, fundamentale Ansätze, radikale Vorschläge zur Umwälzung der Gesellschaft haben in der IL-Zeitung kein Forum. Wir sehen dort keine Möglichkeit, als Militante mit anderen perspektivisch, kontinuierlich und analytisch Diskussionen führen zu könnten.

Die „Prisma“ (eine vor allem technische Broschüre für die militanten Gruppen) hingegen hat sich augenscheinlich eher einmalig die Aufgabe vorgenommen, Organisation und Handhabung militanter Praxis an handwerklichen Fragen zu unterstützen. Gute Zeitung.

Andere Zeitungen mit überregionalem Charakter sehen wir derzeit nicht dafür geeignet.

Wir, die wir die Interim als Debattenmedium vorschlagen, glauben, dass dieser Vorschlag auch für die Interim gut ist und zur richtigen Zeit kommt. Die von uns angeregte Debatte „Hoffnung, Militanz & Perspektive“ sollte mehr als einen Ort der Diskussion haben, an dem sie veröffentlicht wird. Aber es braucht einen verbindlichen Ort, an dem alle Texte dazu gebündelt zu haben, und nach dem sie zitierbar sind.

Wir denken, auch für die INTERIM steht ein Entwicklungssprung an, hat doch auch sie eine gewisse Durststrecke hinter sich gebracht. Die Zeitung als Flugblattsammlung im Zeitalter des Internets und der Stagnation militanter Gruppenarbeit, das Wegbrechen politischer Strukturen, die mit der Interim etwas anfangen konnten, die sogenannten „Antideutschen“ und die Textproducer der „mg“ etc. haben sicher einige Sinnkrisen hervorgerufen.

Die Interim ist über das Stadium der letzten Jahre: Was man hat, soll man nicht aufgeben! hinaus. „Old-School“ wäre das Fortführen einer Flugblattsammlung. Doch wodurch legitimiert sich die Interim heute? Kann sie ihren LeserInnenkreis über ein autonomes und linksradikales Spektrum hinaus erweitern? Welchen Platz kann sie in zukünftigen Kämpfen einnehmen? Und wie sind die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen der Zeitung einzuschätzen?

Das zweiwöchentliche Periodikum ist eines der wenigen Foren, die unkontrolliert funktionieren und nicht abschaltbar sind wie einfache Webseiten. Oder die wie Indymedia gewissen Denkverboten unterliegen - die berühmte Schere der Selbstzensur im Kopf. [directaction.de \(https://directactionde.ucrony.net\)](https://directactionde.ucrony.net) hat sich zu einem sehr nützlichen Verzeichnis direkter Aktionen gemauert - ist allerdings, was den Debatten-Teil angeht, noch sehr ausbaufähig. Viele nutzen es dennoch gerne - aber eben auch das sollte nur mit all dem Aufwand betrieben werden, den anonymisiertes Surfen mit sich bringt. Aber wir müssen von weiter steigender Überwachung und Einschränkung der Datenströme und Netzverbindungen für politische Kommunikation ausgehen.

Auch die sichtbare Überwachung und Repression wird weiter um sich greifen und gleichzeitig immer tiefer nach subjekt-innen dringen. In kommenden großen gesellschaftlichen Umbrüchen werden auch die Angriffe auf fundamentale Opposition neu gestaltet werden: Was wagen wir in einer solchen Situation noch zu denken oder gar auszusprechen, niederzuschreiben? Da könnte das radikal gedruckte Wort helfen, das Unerhörte nicht nur zu denken, sondern ihm auch Materialität zu verleihen. Und danach zu handeln. Es geht nicht nur darum, in den kommenden Umbrüchen nicht zu verzweifeln, wenn sich die nächste Generation dann ehemaliger GenossInnen den Schalthebeln der Macht

zuwenden, um die grauenvolle Normalität - orientiert auf das vermeintlich geringere Übel - mitzuverwalten.

Es geht auch darum, nicht die Orientierung zu verlieren, wenn emanzipative Ansätze immer weiter und weiter verdreht werden, um die Macht eines totgelaufenen Systems abzusichern und zu rekonstruieren und damit noch mehr Geld zu machen. Es geht darum, handlungsfähig zu werden in einer Weise, die den Verhältnissen angemessen ist. Ob wir marginal sind oder nicht. Es geht darum, Foren der Verständigung, der Analyse, der Selbstvergewisserung aufzubauen und zu erhalten, damit die unsichtbaren militanten Kerne in der Metropole praktische Orientierungspunkte und Perspektiven aufzeigen können - ohne sich in der Szene, in der Bewegung, in öffentlichen Strukturen bewegen zu müssen - die starker Überwachung unterliegen. Ohne isoliert und abgeschnitten zu sein und aus dieser Situation zu politischen Fehleinschätzungen bei Aktionen zu kommen, die zu vermeiden gewesen wären.

Es kann nicht Aufgabe der Interim-Redaktion sein, das Blatt zu bespaßen. Militante Gruppen müssen überlegen, wie sie bestimmte praktische oder analytische, perspektivische Fragen aus militanter Sicht zur Diskussion stellen, ohne lokalisiert zu werden. Umgekehrt wird der Alltag zu wenig politisch begriffen, revolutioniert und zur militanten Diskussion gestellt.

Bewegungen waren dann stark, wenn sie in erster Person kämpften und wussten, wofür sie einstehen. Viel zu viel orientiert sich heute in unseren Kämpfen an alten Mustern, die auf den Prüfstand gehören. Die Koordinaten stimmen nicht mehr, die Gesellschaft hat sich neu zusammengesetzt, die technologische Durchdringung hat die menschlichen Beziehungen neu strukturiert und beherrscht das Soziale. Auch einfache Fragen sind angesagt - denn die INTERIM darf kein Fachblatt für militante Kerne werden. Die einfachen Fragen sind oft die Besten. Die Interim muss eine inhaltliche Breite bekommen - bei Aufrechterhaltung einer militanten, libertären Perspektive - durch die Erörterung auch von Alltagsfragen: Wie wohnen wir, was konsumieren wir, welchen Widersprüchen erliegen wir durch Arbeit und Lebensbedingungen, welchen Platz haben Krankheit, Alter, Kinder, Jugend, Zukunftsängste etc.? Wie können Alltagskämpfe aussehen oder angeschoben werden? Und wo finden sie schon statt, ohne jedoch bereits in unser Bewusstsein gelangt zu sein?

Die seit einem Jahr regelmäßig stattfindenden repressiven Zugriffe auf die INTERIM machen mehrerlei deutlich. Nicht nur die Unabhängigkeit der Buchhändler-innen, auch die Zeitung selbst und die anderen inkriminierten Inhalte sind dem Repressionsapparat ein Dorn im Auge. Hat man die Zeitung staatlicherseits eine Weile vor sich hinwurschteln lassen, als auch die militante Praxis stagnierte, so wird sie mit dem Anstieg einer organisierten Militanz und nach dem Wegfall einer ernstzunehmenden, weil sozial breit aufgestellten „radikal“, relevanter und bedrohlicher. Sei sie noch so klein und auf den ersten Blick regional begrenzt, sie ist Informationsmedium und Organ zu einem Austausch militanter Praxis und Ideen weit über die große Stadt hinaus. Und ihr Erscheinen ist Ausdruck einer verdeckten Struktur. Das alleine reicht schon. Und sie hat darüber hinaus Potential, das wir mit dem obigen Vorschlag sinnvoll ausnutzen wollen. Sie ist - wie gesagt - die anti-institutionelle Alternative zu den oben beschriebenen Publikationen, die staatlicherseits machen dürfen, weil sie irgendwie ins Integrationsprogramm politischer Herrschaft passen - einschließlich des Parteiblattes „radikal“.

Dass die Interim einen offensiven Schritt macht und kostenlos erscheint, ist sehr selbstbewusst und bringt die Chance mit sich, isolierte, exklusive Orte zu verlassen und größere Verbreitung zu finden. Dies und die wachsende Bereitschaft zur direkten Aktion in der Szene sind Faktoren, die die Repression nicht unbeantwortet lassen kann. Die Buchläden in Berlin, die heimgesucht werden im Auftrag der politisch motivierten Staatsanwaltschaft, zählen für diesen zu einem Sympathisant_innensumpf, der mittels der Bedrohung der Lebensgrundlage der Betreiber_innen der Buchläden trockengelegt werden soll. Dort einkaufen statt im Internet ist das Mindeste!

Der Szene in Berlin legen wir dringlichst einen offensiven Umgang mit den Durchsuchungen nahe. Wollen die Repressionsorgane einen juristischen Präzedenzfall gegen offene Strukturen schaffen, wo Publikationen wie die INTERIM und anderes ausliegen können - dann muss die INTERIM in weit mehr Läden offensiv ausgelegt werden. Das bundesweite Poster „Unzensurierte Literatur - hier erhältlich“ ist ein schöner erster Schritt, jetzt sollte die Zeitschrift eben auch dazugelegt werden. Will die Repression das Presserecht zurechtstutzen und Buchhändler_innen zur Zensur verpflichten, dann müssen öffentliche Aktionen her, die genau diesen Angriff skandalisieren. Dann müssen wir alle Orte, an denen wir uns bewegen, zu Verteilstellen der Interim machen.

Darüber hinaus muss die Diskussion erweitert werden: Wenn eine Gesellschaft nach außen wie nach innen immer kälter wird und jede widerständige Wärme aushungert oder erstickt, dann sind militante Aktionen und Debatten zu unterstützen und zu verteidigen. Nicht jede militante Aktion war gut oder richtig - aber es braucht ein Forum, dies überhaupt solidarisch diskutieren zu können. Denn ungenaue Aktionen fallen schließlich auch auf die gesamte Bewegung zurück. Nicht „blöde“ Aktionen sind das Problem (das natürlich auch!), sondern dass die Fehler undiskutiert bleiben! Das heißt, die Existenz der INTERIM und deren Bedrohung, die finanzielle Bedrohung der Läden, trifft eine Linke insgesamt und ist kein exklusives Problem einer kleinen oder großen militanten Szene. Mit unseren Fragestellungen gilt es, breitere gesellschaftliche Zusammenhänge zu belasten und so den Repressionsversuch in eine Politisierung zu wenden: Welche Zeitungen braucht es gegen dieses Land, das sich im Krieg nach außen und innen befindet?

Ein Abtauchen und Wegzensierenlassen der INTERIM geht in die falsche Richtung. Warum übernimmt die Szene so wenig Werbung für das Projekt? Warum wird das Projekt nicht mit vielfältigen kleinen Beiträgen, inhaltlicher wie praktischer Natur, unterstützt? Auch über Inhalte ist Solidarität mit der INTERIM als Projekt möglich: Wenn inhaltlich solide, redaktionelle Beiträge vermehrt von außen kommen und sich vielleicht auch von Innen jenseits der Einleitungsworte was tut, dann stärkt das das Projekt schon vom Inhalt her.

Schreibt niveauvolle Exklusiv- Beiträge für die Zeitung, sammelt Schotter, verbreitet das Blatt, kopiert es nach, wenn es beschlagnahmt wurde, macht Veranstaltungen, Aktionen und Beiträge auf allen Demos zu dem Thema ...

Das war unser Vorschlag. Die Diskussion beginnt jetzt. Verbreitet ihn auch in Kreisen, die solch einen Text in der Regel nicht erhalten. Wir wissen: alle Diskussionen brauchen Zeit. Im Frühling wissen wir alle mehr.